streckung veranlassen muss, um dessen Rechte zu sichern. Das schafft Sicherheit für die Kommunen und Zweckverbände und die betroffenen Bürger und Gewerbetreibenden und sichert den kommunalen Frieden.

Die Brandenburger Kooperationen Wasser und Abwasser haben in ihrer Stellungnahme, in der sie den Gesetzentwurf begrüßen, darauf hingewiesen, dass dieser Gesetzentwurf auch den Zielen des „Leitbildes zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft Brandenburg“ entspricht.

Egal, wie man zu den Verjährungsfristen stehen mag, sie sind so beschlossen. Es gibt jetzt viele Gründe, bei den Kommunalabgabenerhebungen gesetzgeberisch tätig zu werden. Aufgrund der Komplexität des Themas beantragen wir eine Überweisung des Antrags in den zuständigen Fachausschuss für Inneres und Kommunales und bitten dafür um Ihre Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Das Wort erhält der Abgeordnete Kurth für die SPD-Fraktion.

Kurth (SPD): *

Herr Vizepräsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Das Kommunalabgabengesetz, über das wir heute diskutieren, enthält die wesentlichen Regeln für die Erhebung von Gebühren im Land Brandenburg. Mit diesen Gebühren belasten wir Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und Gewerbetreibende. Mit diesen Gebühren ermöglichen wir allerdings auch, dass Kommunen und kommunale Unternehmen ihre unverzichtbaren Dienstleistungen für die Allgemeinheit erbringen können. Und weil eine Gebührenschuld eine finanzielle Belastung darstellt, sind Gebühren, deren Kalkulation, Erhebung und Vollstreckung immer stark diskutiert und umstritten.

Ich stimme mit der Antragstellerin ausdrücklich darin überein, dass es unser gemeinsames Ziel sein muss, eine möglichst hohe Akzeptanz der Gebührenbescheide bei Bürgerinnen und Bürgern zu erreichen. Deshalb sind wir als Gesetzgeber aufgefordert, die in diesem Bereich bestehenden Regelungen zur Gebührenkalkulation und deren Erhebung regelmäßig auf den Prüfstand zu stellen.

Die Antragstellerin hat mit dem vorliegenden Gesetzentwurf verschiedene Änderungen am Kommunalabgabengesetz vorgeschlagen, unter anderem, den Kalkulationszeitraum von derzeit zwingend bis zu zwei Jahren auf zukünftig zwei bis maximal fünf Jahre festzusetzen. Es ist sicher zutreffend und in der Natur der Sache liegend - wir haben eben ein Beispiel gehört -, dass zweijährige Kalkulationsperioden zu erheblichen Schwankungen führen können. Dadurch entsteht in den Kommunen bisweilen erheblicher Erklärungsbedarf, und es mag richtig sein, dass mitunter auch dem Vorwurf der Willkür begegnet werden muss. Ob eine vier- oder fünfjährige Kalkulationsperiode diesen Schwankungen wirklich wirksam begegnen kann, darüber sollten wir nachdenken und diskutieren.

Wir sollten auch darüber nachdenken, wie ein vorsichtiger Kaufmann eine Gebühr für die vor ihm liegenden fünf Jahre

kalkulieren wird. Er wird gut beraten sein, vorsorglich Reserven für langfristige Unwägbarkeiten zu bilden, um nicht nach fünf Jahren Unterdeckungen durch dann folgende erhebliche Gebührenerhöhungen ausgleichen zu müssen. Wenn er das nicht tut, wird er Gebührenunterdeckungen haben.

Wenn wir als Ergebnis dieser Kalkulation eine Gebührenüberdeckung erreicht hätten, würden wir diese erst in einem Folgezeitraum von fünf Jahren ausgleichen. Es besteht damit die Gefahr, dass wir mit diesem Ausgleich eine Anzahl von Gebührenschuldnerinnen und -schuldern - nämlich diejenigen, die zwischenzeitlich aus beruflichen oder persönlichen Gründen den Wohnort gewechselt haben - nicht mehr erreichen; gerade in den berlinnahen Regionen ist diese Fluktuation nicht unerheblich. Auch über diesen Aspekt werden wir nachdenken müssen, offen und ohne Vorfestlegung - das sage ich, damit ich hier nicht falsch verstanden werde.

Es gibt neben den bereits gezeigten Aspekten in dem vorliegenden Gesetzentwurf zahlreiche diskussionswürdige Punkte wie etwa die Verlängerung der Stundung von Beiträgen. Frau Kollegin Nonnemacher hat das hinreichend ausgeführt. Der Ausschuss für Inneres und Kommunales ist für die komplexe Materie und die dazu zu führende Debatte der richtige Ort. Der Diskussion dort sollten wir an dieser Stelle nicht vorgreifen, ich jedenfalls will es hier nicht tun. Ich bitte um Unterstützung für den Überweisungsantrag. - Danke schön.

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Richstein. Bitte schön.

Frau Richstein (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angesichts der Worte meines Vorredners kann ich mich relativ kurzfassen: Wir haben bei diesem Gesetzentwurf ein durchaus vernünftiges Anliegen; viele unterschiedliche Interessenlagen müssen berücksichtigt werden. Sie haben es angesprochen, und wir sollten es vertieft im Ausschuss diskutieren. Ich bin froh, dass Sie die Überweisung unterstützen. Das tun wir auch. Wir unterstützen auch das Anliegen. Deswegen kann ich mich kurzfassen und sagen: Ich freue mich auf die Debatte im Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, B90/GRÜNE und des fraktionslosen Abgeordneten Hein)

Vizepräsident Dombrowski:

Danke schön. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abgeordnete Dr. Scharfenberg.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will gern hier anschließen und kann mich auch kurzfassen. Die Anregung, die die Grünen mit diesem Antrag geben, sollten wir auf alle Fälle prüfen. Wir sind nicht davon überzeugt, dass die Wirkungen, wie sie sie erhoffen, tatsächlich eintreten werden. Aber ich denke, um das herauszufinden, ist die Diskussion im Ausschuss der richtige Hintergrund. Deswegen stimmen wir der

Überweisung zu und sind gespannt, zu welchem Ergebnis wir nach dieser Ausschussberatung kommen. - Danke schön.

(Beifall DIE LINKE - Vogel [B90/GRÜNE]: Wir auch!)

Vizepräsident Dombrowski:

Danke schön. - Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Galau.

Galau (AfD):

Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Dem schließe ich mich an. Die Beiträge werden immer kürzer. Grundsätzlich stimmen wir dem Antrag der Grünen zu und würden uns freuen, ihn im Ausschuss zu beraten. Dementsprechend gibt es nichts weiter hinzuzufügen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Dombrowski:

Danke schön. - Für die Gruppe BVB/FREIE WÄHLER spricht der Abgeordnete Vida.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Aber Sie schöpfen Ihre Redezeit aus, nicht wahr? - Vida [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Ja, Frau Mächtig, nur für Sie!)

Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Mächtig, ich werde mich natürlich Ihrer Empfehlung beugen und die Redezeit ausschöpfen.

Meine Damen und Herren! Ich würde gern, bevor der Gesetzentwurf an den Ausschuss überwiesen wird, was begrüßenswert ist, die Sache zweigliedrig betrachten. Der Gesetzentwurf wirft ein generelles Problem auf, nämlich dass wir in Brandenburg keine substanzielle kommunale Kostenkontrolle haben. Wir haben faktisch die Bürgermitbestimmung bei Beiträgen und Gebühren ausgeschaltet. Wir erleben einen Anliegerstraßenausbau auf dem Rücken der Bürgerschaft, der nicht, Frau Nonnemacher, mit wenigen Problemen einhergeht, sondern mit sehr, sehr großen. Wir sehen vielerorts ökologisch und ökonomisch unsinnige, überdimensionierte Ausbauparameter und können keinen Druck zur Sparsamkeit erkennen, zumindest in manchen Kommunen.

Im Bereich des Abwassers erleben wir, dass ökologisch sinnvolle Alternativen teilweise kriminalisiert und von teilweise intransparent arbeitenden Abwasserzweckverbänden horrenden Beiträge durchgesetzt werden. Schauen wir uns deswegen, bevor der Gesetzentwurf in den Ausschuss geht, um, wie mit dieser Situation umgegangen wird, wenn es zur Zwangsvollstreckung kommt. Den Menschen wird erzählt, sie müssen bezahlen, denn ihr Grundstück gewinne ja an Wert. Wir denken, dass man die Lebensleistung und die Lebenswirklichkeit anerkennen sollte. Die meisten Leute haben ihr Haus zu DDR-Zeiten selbst gebaut oder geerbt. Sie wollen jetzt nicht zu Grundstücksmaklern werden und irgendeinen theoretischen Grundstückszugewinn geltend machen, sondern sie wollen dort wohnen bleiben. Ein katastermäßiger Wertzuwachs geht an der sozialen Lebensrealität in Ostdeutschland völlig vorbei, wenn

dafür mittlere fünfstelligen Beträge gezahlt werden müssen. Deswegen gilt es, schonende, ortsbildwahrende Alternativen im Straßenausbau zuzulassen. Es ist unerträglich, wenn den Menschen der Grundstücksverkauf angeboten und als Alternative zur Bezahlung der Lasten vorgehalten wird. Daher ist es richtig, den Zwang zur Zwangsvollstreckung zu lockern, denn die Stundungen, die derzeit über vier Jahre laufen können, erweisen sich, wenn man sie verlängert, oft als gangbarer Weg. Ich denke, dass in diesem Bereich, in dem die Last nicht auf ein privates Rechtsgeschäft zurückgeht, diese kleine Privilegierung der Beitragspflichtigen, wie ich es nennen möchte, zu nutzen möglich sein soll.

Allerdings möchte ich den ersten Teil des Gesetzentwurfes hier etwas kritisch beleuchten. Dieser reiht sich in die Arbeitsweise vieler kommunaler Vertreter ein, die die Beitragshebung der Kommune nicht kritisch hinterfragen. Denn, meine Damen und Herren, die Abgabekalkulation muss immer kritisch durchleuchtet werden. Fortwährender Druck zur wirtschaftlichen Kalkulation führt zu Sparsamkeit, und es macht schon einen Unterschied beim Tragen von politischer Verantwortung, wenn man innerhalb der Wahlperiode daran gemessen wird, was man kalkuliert hat, indem es nachgerechnet werden muss. Ein fortlaufender aktueller Bürgerdruck entspricht der aktuellen Mündigkeit der Bürgerschaft. Ich verstehe die Vereinfachungen, die längere Kalkulationsperioden mit sich bringen, aber gerade in Brandenburg braucht es zeitnahe, in kurzen Intervallen wiederkehrende Kontrollen und Überprüfungen. Es ist gut, dass wenigstens in diesem Punkt ein Druck zur Kostenkontrolle und fortwährenden Überprüfung besteht.

Ich frage, welches Signal wir senden - das muss auch im Ausschuss diskutiert werden -, wenn die Menschen landesweit unter der Sonderabgabe Ost, anders genannt: Altanschließerbeiträge, ächzen und der Landtag sich hier in ohrenbetäubendem Schweigen übt. Rund 40 % der Kommunen sind davon betroffen. Ihnen wird nicht geholfen, sondern es wird hier einfach hingenommen und nicht intensiv diskutiert. Den Menschen, die zu DDR-Zeiten das Haus selbst gebaut, die Leitungen selbst gebuddelt haben, wird gesagt: Diesen Anschluss machen wir jetzt zur Kalkulationsgrundlage. - Die Verjährungsfristen betragen 25 Jahre. Allerorten werden Bescheide verschickt. Bis Dezember 2015 wird noch mal kräftig angezogen. Der Landtag debattiert darüber in dieser Wahlperiode noch nicht einmal vertiefend.

In dieser Situation halte ich es für falsch, das Signal zu senden, dass Kalkulationsvorgaben, Restriktionen und Verwaltungskontrollen gelockert werden sollen. Das ist sicherlich für die Diskussionen in den nächsten Jahren interessant, aber in der jetzigen Situation müssen Kontrollen zeitnah erfolgen. Das entspricht auch der Aktivierung der Bürgerschaft, die sehr wohl nachrechnet und den Finger draufhalten möchte. Deswegen ist es richtig, die Angelegenheit in den Ausschuss zu vertragen. Allerdings muss die Diskussion dazu im größeren Rahmen erfolgen.

Wir müssen auch die Überprüfung durch die Kommunalaufsicht intensiver diskutieren, denn gerade von ihr kann die Kalkulation vertieft überprüft und dadurch vielleicht die eine oder andere lokalpolitische Posse verhindert werden. Wir müssen die Diskussion auch mit der Maßgabe zur Verpflichtung zu sparsameren Maßnahmen in den verschiedensten öffentlichen Ausbau- und Erschließungsbereichen verbinden, denn hier gibt